

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

24.6.1930 (No. 144)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlshaus
Nr. 953
und 954
Wohlfahrtstraße
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Herausgeber
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM., einjährig 32,50 RM., einschließlich Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Prozentsatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Waisensachen, Betriebsstörungen, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zusendungen werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Beschlüsse der Länderkonferenz

Über die Beschlüsse der Länderkonferenz erfahren wir u. a.: Da die jetzige Gliederung des Reiches in seine ganz verschiedenen 17 Länder als Hauptgrund der Belastung unseres Staatswesens anerkannt wurde, haben sich die Verhandlungen zunächst der Frage zugewandt, wie das deutsche Reichsgebiet zweimächtig aufgeteilt werden soll, und was aus Preußen werden soll. Ein Einheitsstaat ohne Gliederung des Reiches in Länder wurde vom Verfassungsausschuss abgelehnt. Deshalb suchten die Verhandlungen, eine zweimächtigere Form für diese Länder und die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern zu finden. Neben der Reichsgewalt darf eine preußische Zentralgewalt nicht bestehen bleiben. Die Reichsregierung und die preußische Zentralregierung sollen vereinigt, die preußischen Ministerien von den Reichsministerien übernommen, alle preußischen Behörden Reichsbehörden werden.

Das Reich selbst bleibt in Länder gegliedert. Der Verfassungsausschuss hat sich nicht entschließen können, die Länder ganz einheitlich zu gestalten. Eine besondere Behandlung der Länder Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden scheint dem Verfassungsausschuss geboten. Die vier genannten Länder werden deshalb als Länder alter Art, die neu zu schaffenden Länder als Länder neuer Art behandelt. Hinsichtlich der Frage der Gesetzgebung für die Länder neuer Art ist man sich noch nicht schlüssig geworden, ob der allgemeine Weg der Reichsgesetzgebung gewählt werden soll oder ob an Stelle sämtlicher Mitglieder des Reichstages oder Reichsrates nur die von den Ländern neuer Art entsandten Minister treten sollen. Was die Vertreter der Länder im Reichstag anlangt, so soll jedem Lande auf 700 000 Einwohner eine Stimme zustehen.

Mit Ausnahme der Justizverwaltung, die nach wie vor den Ländern erhalten bleiben soll, soll die Zuständigkeit des Reiches auf allen lebenswichtigen Gebieten, das sind Auswärtiges, Heer und Marine, sowie Finanzen, erhalten bleiben. Reichsbahn und Reichspost sollen ausschließlich von Reichsbehörden oder Reichsanstalten verwaltet werden.

Was die Zuständigkeit der Länder anlangt, so sollen die Länder alter Art grundsätzlich ihre bisherige Zuständigkeit behalten. Für die Länder neuer Art wird die Verfassung durch die Reichsgesetzgebung festgelegt. Die Landesregierung soll höchstens auf die Dauer der Wahlperiode belassen werden und braucht dabei das Vertrauen des Landtags. Zur Erzielung eines möglichst fruchtbringenden Zusammenarbeitens wird eine Personalunion zwischen dem obersten Reichsbeamten in einem Lande, und einem Mitglied der Landesregierung der Länder alter Art empfohlen. Bei den Vorschlägen des Verfassungsausschusses handelt es sich um eine organische Neugestaltung des Reiches. Erst wenn festgestellt ist, wie die Länder hinsichtlich zum Deutschen Reich gestellt sein werden, und mit welcher Zuständigkeit sie ausgestattet sind, kann der Frage der Gliederung im einzelnen und der Frage der Teilung der finanziellen Einnahmequellen zwischen Reich und Ländern nähergetreten werden.

Presseecho der Sachsen-Wahlen

„Sieg der Nationalsozialisten, Niederlage der bürgerlichen Parteien“ — das ist die Feststellung, die in allen Kommentaren der Berliner Zeitungen zu dem Ausgang der sächsischen Wahlen gemacht wird. Die Sachsenwahlen sind, so schreibt die „Germania“, für alle in Reich und Ländern verantwortlichen Parteien und Persönlichkeiten eine ernste Mahnung zur gemeinsamen Kraftanstrengung. Die „AZ“ fordert die Reichsregierung zum Handeln in der jetzt offenbar gemordeten Not des Reiches auf. Die Stellung der Regierung gegenüber den Parteien ist durch die Sachsenwahlen gestärkt.

Die „Völkische Zeitung“ sagt: Die Lehre vom 22. Juni ist: Mit einer Parlamentsauflösung ohne klares Ziel und ohne straffe Führung wird die Zersplitterung vermehrt und der Radikalismus gestärkt. Das „Berliner Tageblatt“ ist der Ansicht: Nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratie! — mit dieser Parole hat man gestern Herrn Hitler seinen Sieg ermöglicht. Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt: Die volksparteiliche Beschränkung in Sachsen ist wohlbedient. Die „Kreuzzeitung“ fragt: Wer wird die revolutionäre Bewegung, die durch Sachsen geht, auffangen, ihr eine brauchbare politische Zielrichtung geben und sie in Formen bringen, die brauchbar und sofort realisierbar sind?

Die „Börsezeitung“ sagt: Die Nationalsozialisten sind also nicht — wenigstens nicht in nennenswertem Umfang — in die rote Burg des internationalen Sozialismus eingedrungen. Die Masse ihrer neuen Anhänger setzt sich zusammen aus bürgerlich Eingestellten, die in der allgemeinen Verwirrung nicht mehr wußten, wohin sie gehen sollten. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt: Als einzigen erfreulichen Punkt in dem Wahlergebnis kann man sehen, daß die Sozialdemokraten doch wieder trotz aller Anstrengungen eine rückläufige Bewegung aufweisen. — Die Abendausgabe des „Vorwärts“ urteilt: Die Nationalsozialisten haben den Wahlkampf in Sachsen weitgehend mit Phrasologie gegen die Sozialdemokraten betrieben. Sie haben dennoch nicht vermocht, die Sozialdemokraten und Kommunisten zu schwächen; aber sie haben jene Massen aus den bürgerlichen Parteien an sich gezogen, die klassenmäßig nicht zum Bürgertum gehören.

Belegschaftsverminderung auch bei Krupp. Infolge mangelnden Auftragsenganges hat die Firma Krupp beim Regierungspräsidenten für ihre Essener Belegschaft beantragt, die Entlassung von etwa 7 Proz. zu genehmigen, die in vier Wochen in Kraft tritt, falls nicht bis dahin eine Besserung des Beschäftigungsgrades zu erreichen ist. Von der Entlassung werden in der Hauptsache die Feuer- und zugehörigen Hilfsbetriebe betroffen.

Letzte Nachrichten

Die Lage am Dienstag Mittag

Noch keine Entscheidungen

M. Berlin, 24. Juni (Priv.-Tel.). Das Reichskabinett hat um 11 Uhr seine Beratungen abgebrochen, weil Dr. Curtius in den Auswärtigen Ausschuss des Reichstages und Schiele in den Reichstag mußte, wo sein Etat beraten wird. Doch soll im Laufe des Dienstag die Entscheidung im Kabinett fallen.

Es wird auch der Gedanke erwoogen, eine Verlängerung des Notetats herbeizuführen, da es nicht möglich sein wird, den Etat noch in dieser Woche zu verabschieden.

Minister Dietrich erstattete im Laufe des Vormittags der demokratischen Reichstagsfraktion Bericht über seine Unterredung mit dem Reichskanzler und über die Beratungen im Kabinett.

Es verlautet, daß, wenn Dietrich Reichsfinanzminister werden würde, er ganz erhebliche Streichungen im Reichshaushalt und vor allem im Etat des Auswärtigen Amtes und im Wehretat vornehmen würde. Es wird auch davon gesprochen, daß man eine Gaststättenverkehrssteuer und eine Radiosteuer in Erwägung ziehe. Zusammenfassend kann man sagen, daß zur Mittagssunde des Dienstag in Berlin noch alles im Fluß war. Der Erwägungen sind viele. Wie die Entscheidung fallen wird, steht noch dahin.

Einschneidende Streichungen im Etat

Des Auswärtigen Amtes

Der Botschafterposten beim Vatikan bleibt

M. Berlin, 24. Juni (Tel.). Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat heute eine Reihe von erheblichen Streichungen an dem Etat des Auswärtigen Amtes vor. Zunächst wurden die neuen Botschafterstellen in Rio de Janeiro, Santiago und Buenos Aires gestrichen.

Ein Antrag, auch den Botschafterposten beim St. Stuhl zu streichen, wurde abgelehnt.

Im Besetzungspan des Auswärtigen Amtes wurden 2 1/2 Millionen Reichsmark Zulagen gestrichen. Von den Verwaltungsausgaben für die Vertretung des Reiches im Auslande wurde rund 1/2 Million Reichsmark gestrichen. Der Posten für die Gesandtschaft in Tirana wurde ebenfalls gestrichen. In Tirana soll ein Konsulat errichtet werden.

Die Finanzfrage vor dem Reichskabinett

M. Berlin, 24. Juni (Tel.). Das Reichskabinett tagt seit heute vormittag 10 Uhr, um die Frage zu besprechen, die mit der Neuorganisation des Reichsfinanzministeriums zusammenhängen. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, hatte gestern abend nach der Fraktionsstimmung noch eine telefonische Unterredung mit dem Reichskanzler. Die Aussprache, in der Dr. Schulz dem Kanzler die Forderungen seiner Fraktion auf Durchführung ihrer bekannten Vorschläge unterbreiten wird, findet aber erst nach der Kabinettsitzung statt.

Zwischenurteil des Reichsgerichts im Rechtsstreit zwischen Staat und Kirche in Lippe

M. Leipzig, 24. Juni (Tel.). In dem Rechtsstreit zwischen Staat und Kirche in Lippe hat der Staatsgerichtshof heute durch Zwischenurteil entschieden, daß das Land Lippe nicht verpflichtet ist, die Staatsleistungen an die Landeskirche in einer dem jeweiligen Bedarf der Kirche entsprechenden Höhe zu leisten. Die Entscheidung darüber, ob die durch das Gesetz vom Jahre 1877 erfolgte Festsetzung des Staatszuschusses in einem höheren Maße als dies bisher geschah ist, der jetzigen Währung anzupassen sei, bleibe dem Schlußurteil vorbehalten. In der Begründung heißt es, gerade die Ursache, daß die Kirchenrenten in dem Lippschen Gesetz von 1877 variabel gestaltet worden sind, zeige, daß ein etwaiger Mehrbedarf nicht vom Staat durch Erhöhung seiner Zuschüsse gedeckt werden solle, sondern durch Erhöhung der Kirchenrenten. Der Staatsgerichtshof sei auch der Ansicht, daß die bisherigen Staatsleistungen feste Geldsummen sind, die der Angleichung an die jetzige Währung unterliegen. Hinsichtlich der Frage, ob eine überprozentuale Unter-Veranschlagung des Feuerungsindex haltzufinden habe, behalte sich der Staatsgerichtshof seine Entscheidung im Schlußurteil vor.

Im Anschluß an die Verhandlung regte der Vorsitzende einen Vergleich der Parteien an. Die Parteien haben sich zu dieser Anregung noch nicht geäußert.

Keine Kündigung der Hamburger Gasarbeitertarife

M. Hamburg, 24. Juni (Tel.). In einer Vertreterversammlung der organisierten Gasarbeiter von Groß-Hamburg wurde beschlossen, angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage von einer Kündigung des Lohntarifs abzusehen. Dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der linksradikalen Vertreter gefaßt.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Montag eine Ostseeüberfahrt unternommen und ist am Dienstagvormittag zu einer Fahrt nach Schleien gestartet.

Die Ueberfüllung

der höheren Schulen

Die deutsche Wirtschaft wirkt sich seit langem auch in deutschen Schulwesen aus. Das liegt freilich nicht allein daran, daß wir etwa zu wenig höhere Schulen in Deutschland hätten, oder daß diese zu klein seien, um genügend Schüler unterzubringen. Vielmehr liegen die Dinge umgekehrt so, daß der Andrang zum Besuch der höheren Schulen und im Zusammenhang damit auch der Andrang zu den akademischen Berufen, übermäßig groß ist. Die Warnungen, die in den letzten Jahren in der Presse, in Vorträgen und Versammlungen erlassen worden sind, um den übermäßigen Andrang zu den höheren Schulen zu vermindern, sind im allgemeinen erfolglos geblieben. Tatsache ist, daß es an genügend Stellen schon heute fehlt, um den Nachwuchs der Studierenden in geeigneten Berufen unterzubringen. Man hat berechnet, daß ein Viertel oder gar ein Sechstel der heutigen Zahl der Studenten ausreichen würde, um den akademischen Berufen einen ausreichenden Ersatz zu sichern. Eine unerfreuliche Folge der Ueberfüllung der Universitäten sind die Auswüchse des Berechtigungswesens. Selbst für ziemlich untergeordnete Posten werden akademisch ausgebildete Bewerber gesucht, weil man weiß, daß hier ein Überangebot von Kräften vorhanden ist, und daß man auch bei geringer Bezahlung Bewerber genug finden kann, die auf Universitäten oder anderen Hochschulen ausgebildet sind.

Schlimmer noch als die Ueberfüllung der Universitäten ist die der höheren Schulen. Hier ist es ganz offensichtlich, daß ein Teil der Schüler nicht auf Grund besonderer Begabung die höheren Schulen besucht, sondern weil die Eltern den Ehrgeiz haben, ihre Kinder unter allen Umständen durch die höhere Schule in eine günstigere Laufbahn hinaufzuführen. Daß das ein Irrtum ist, daß vielmehr der erfolgreiche Besuch einer höheren Schule und sogar der Universitätsbesuch sowie das Bestehen sämtlicher Examina heute dem Nachwuchs keine gesicherte Berufsstellung mehr garantieren, beginnt man erst jetzt allmählich einzusehen.

Die richtige Berufswahl ist heute noch viel wichtiger als früher. Sie muß aber auch nach ganz anderen Gesichtspunkten als früher erfolgen. Vor allem muß sie weit früher einsehen, als das bisher in der Regel geschahen ist, weil für einen großen Teil der praktischen Berufe der Besuch einer höheren Schule wenig Vorteile bringt. Wenn junge Leute, die auf Grund ihrer Begabung und auf Grund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse gut daran tun und bei der heutigen Lage der Dinge auch darauf angewiesen sind, einen praktischen Beruf zu ergreifen, viele Jahre ihres Lebens auf höheren Schulen zubringen, die ihnen keineswegs die für die spätere Berufstätigkeit geeignete Ausbildung vermitteln können, so ist das nicht nur für sie selbst ein nicht wieder gutzumachender Schaden, sondern zugleich für die Allgemeinheit ein volkswirtschaftlicher Verlust. Die Folge davon ist nämlich, daß viel mehr höhere Schulen errichtet und unterhalten werden müssen, als es zur Ausbildung des akademischen Nachwuchses, der wirklich gebraucht wird, erforderlich wäre. Die Ueberfüllung der Schulbildung, die in Deutschland wohl weiter als irgendwo in der ganzen Welt verbreitet ist, nötigt das verzehrte deutsche Volk zu Ausgaben für das höhere Schulwesen, die in seiner heutigen Lage einen unverzeihlichen Luxus bedeuten.

Die Frage freilich, wie dem übermäßigen Andrang zu den höheren Schulen entgegengewirkt werden kann, ist nicht leicht zu beantworten. Sie ist aber gegenwärtig besonders aktuell, weil gerade jetzt die zahlreicher besetzten Nachkriegsjahrgänge der Grundschulen im Begriff stehen, einen großen, und zwar viel zu großen Teil ihrer Besetzung an die höheren Schulen abzugeben. Es ist vielfach schon aus Raumgründen nicht möglich, allen denjenigen, die aus den Grundschulen in die höheren Schulen übergehen wollen, dort genügend Plätze zu sichern. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich schon vor einiger Zeit mit der Frage befaßt, was die Städte, die ja zu einem großen Teile die höheren Schulen unterhalten müssen, tun können, um den übermäßigen Andrang zu den höheren Schulen abzuwehren. Nur in sehr geringem Umfang wird es bei den gegenwärtigen Finanzverhältnissen der Städte möglich sein, durch Einrichtung neuer Schulen und Klassen größere Aufnahmemöglichkeiten zu schaffen. Erst recht muß davon gewarnt werden, die Klassenbesetzungsziffern in den höheren Schulen noch weiter zu erhöhen, denn das mühte zu einer Verschlechterung der Schulleistungen führen. Vielmehr muß im Gegenteil zur Abwehr gegenüber dem Andrang zu den höheren Schulen der Weg einer Erhöhung der Leistungen beschritten werden. Schon bei der Aufnahme der Schüler sollte also die schärfste Auslese vorgenommen werden. Die Anforderungen bei der Anmeldung zu den höheren Schulen sollten insbesondere

dort erheblich gesteigert werden, wo sonst die Gefahr einer übermäßigen Klassenbesetzung entstehen würde.

Es ist zwar zweifellos richtig, daß solche Aufnahmeprüfungen durchaus nicht immer die Gewähr dafür bieten, daß bei der Aushebung wirklich die begabtesten Schüler zum höheren Schulbesuch zugelassen werden. Vielmehr zeigen überdies gerade diejenigen Schüler, die in den unteren Klassen der höheren Schule geringe Leistungen aufweisen, ihre Begabung erst später. Es ist also sehr wohl möglich, daß bei einer solchen verschärften Auslese des Schülermaterials bei der Aufnahme in die höheren Schulen auch begabte Schüler keinen Zugang zum höheren Schulbesuch und damit zur akademischen Laufbahn finden. Aber angesichts der ungeheuren Überfüllung dieser Laufbahn ist das gegenüber dem jetzigen Zustande und dem, der aus einem verstärkten Zudrange zu den akademischen Berufen für die Gesamtheit zu erwachsen droht, als das kleinere Übel zu betrachten.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat mit Recht darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf die überaus schwierige Finanz- und Kreditlage der Städte auch die Schulbauten gleich allen übrigen nicht für Wohnungszwecke bestimmten Bauten so weit wie irgend möglich eingeschränkt, mindestens aber um ein Jahr hinausgeschoben werden müssen, da in dem Notjahre 1930 die stärkste Zurückhaltung in allen größeren Ausgaben geübt werden muß. Hieraus allein schon ergibt sich die Notwendigkeit, eine verschärfte Auslese derjenigen, die jetzt von den Grundschulen in die höheren Schulen übergehen wollen, vorzunehmen. Wenn diese Auslese möglichst frühzeitig, also vor dem Eintritt in die höheren Schulen, durchgeführt wird, so führt sie auch die geringsten Schädigungen herbei. Es kann aber heute weniger denn je die Aufgabe der Gemeinden sein, ungeheuer große finanzielle Opfer zu bringen, um ein gelehrtes Proletariat heranzuzüchten, für das später keine genügende berufliche Betätigung vorhanden sein wird.

Die Räumung der Pfalz

Am Sonntagmorgen verließ mit dem Straßburger Zug der letzte Rest der französischen Besatzung, 5 Gendarmen, die Stadt Gernersheim, so daß seit Sonntag Gernersheim von der Besatzung völlig geräumt ist. Besatzungsfrei wurden gleichfalls Magiliansau und Horsch, wo die Gendarmen ursprünglich bis zum 30. Juni verbleiben sollte.

Am Montag ist der Rest der Besatzung aus Neustadt a. d. S. abgezogen.

Der zweite Band des Simonberichts

Der zweite Band des Berichtes der Simonkommission wird soeben veröffentlicht. Er enthält einen sorgsam in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan, der das gesamte Gebiet des indischen Verfassungsproblems behandelt. Der hervorsteckendste Zug ist, daß Britisch-Indien auf föderativer Grundlage reorganisiert werden soll. Burma soll ganz von Indien losgelöst werden, da sich dessen Interessen oft genug mit denen von Britisch-Indien decken, und die Bewohner von Burma eine solche Loslösung wünschen. Die Provinzen Britisch-Indiens sollen ein Höchstmaß von Selbständigkeit erhalten, das sich mit den Interessen der Gesamtheit verträglich ist. Ihre Politik soll künftig von provinziellen Kabinetten geleitet werden, die den örtlichen Parlamenten gegenüber verantwortlich sind. Diese provinziellen Kabinetten werden vergrößert und die Zahl der Wahlberechtigten erweitert. Auch das Frauenwahlrecht ist ins Auge gefaßt worden. Ungelöst ist noch die Frage, ob man sich für ein Einkammer- oder Zweikammersystem entscheiden soll. Die Zentralregierung soll einen elastischen Charakter erhalten. Die Kabinettsmitglieder werden vom Generalgouverneur selbst erwählt und ernannt. Das Zentralparlament soll sich künftig aus provinziellen Vertretungen zusammensetzen und den Namen Bundesversammlung führen. Der Staatsrat wird beibehalten.

Weiter heißt es in dem Bericht: Eine unbedingte Voraussetzung für die Entwicklung und Stabilisierung in Indien sei es, daß das nordwestliche Durchgangstor Indiens offen bleibt. Die indische Armee müsse stark genug sein, um diese Aufgaben zu erfüllen. Die Kontrolle über die Armee müsse daher auch der indischen Regierung entzogen und einer Reichsbehörde übertragen werden. Zu beachten ist noch, daß der Plan die Möglichkeit einer Einigung Großindiens in Form eines Staatenbundes vorsieht, der Britisch-Indien und die indischen Staaten umfassen würde.

Bruchsaler Schloßkonzert

Nicht nur weil Musik an einem lauen Sommerabend und in der befriedeten Stille einer an sich so schön beruhigenden Architektur ertönt, über diese historischen Schloßkonzerte zu Bruchsal stets einen besonderen Reiz. Wie gut und heilsam ist es doch, gerade gegenüber der gegenwärtigen Musikbewertung durch Radio, Grammophon, Tonfilm usw., nach einer musikalischen Inflation ohne gleichen wieder einmal dieser köstlichen Kleinkunst von Concerti, Arietten, Cantaten — dem überreichen Erbe und Vermächtnis eines musikalischen und feinstocheren Geschlechtes — in der unperfälschten originalen Besetzung, so wie ihre Schöpfer sie empfangen und konzipiert haben, zu begegnen! Da fühlt man sich in der Tat lange noch vor Karl Maria von Weber zurückversetzt, der bellänlich als erster während seiner hoffapellmeisterlichen Dresdener Zeit den Taktstock einführt, und der Dirigent, der ganz einfach am Flügel mitspielt und nur bei schwierigeren Stellen mit der Hand Zeichen gibt, gehört ebenso zu dieser nachlässigen Stunde musikalischer Lustbarkeit wie die rührende Beleuchtung urwälderlicher Herzen, die dem intimen Fürstensaal ihr mildes Licht spenden.

Und letzten Endes verliert die gebotene Musik selbst nicht minder die Patina der Jahrhunderte, wird zum unbergehligen Erlebnis eigener Art und bewirkt eine Verzauberung, von der man sich zwar kaum Rechenschaft geben kann, die man aber um so dankbarer genießt, weil da plötzlich etwas Herz und Ohr bedrängt, das uns im lichterhellsten modernen Konzentrat, im ungebüchlichen Prunkgewand des großen Orchesters fast abhanden gekommen scheint: Der Sinn für das Spöttisch-Leichte, Längerisch-Süchtige, Göttlich-unbehelligte dieser problemloseren Kunst. Gleichgültig bleibt dabei ganz, ob zu Anfang des (wieder unter der tätigen Mithilfe von Fritz Bodely aus bisher ungedruckten Beständen der gräflich Schönborn-Biesenfeldischen Musikbibliothek zusammengefügten) Programms noch italienische Meister des Barock, wie Alberti, Coeti und Platti zu Wort kommen oder ob mit Hoffmeister, Kozeluch und vor allem mit Haydn das deutsche Nototo in seiner behutsamen Grazie und lockeren Tändelei töndert wird, freilich auch schon hat am Abend geht und diese sommerlich-nächtliche Unterhaltungs- und Spielmusik zumeilen beinahe in jenen Re-

Aus dem Reichstag

Reichs- und Ernährungsminister Dr. Schiele über die Roggenvorräte

In der Montagtagung des Deutschen Reichstags leitete Reichs- und Ernährungsminister Dr. Schiele die zweite Beratung des Haushalts des Ernährungsministeriums mit einer Rede ein, in der er auf die Lage des Weltmarktes auf dem Gebiet der Agrarproduktion einging. Inmitten zusammenbrechender Märkte und gegenüber dem Ansturm des Produktionsüberschusses anderer Länder gebe es für die deutsche Landwirtschaft nur den Ruf: Alle Mann auf die Deichel! Dem Schutze der deutschen Landwirtschaft dienen verschiedene gesetzgeberische Aktionen der Regierung. Der Vermählungszwang für deutsche Weizen habe sich bewährt, darum wird seine Verlängerung vorgeschlagen. Beim Roggen geht das Streben dahin, den Preis über das Niveau des Futtergetreides auf die Höhe eines normalen Brotgetreidepreises zu heben. Im kommenden Wirtschaftsjahr würden die Roggenvorräte aus aller Ernte infolge des günstigen Fortganges der Roggenverfütterung und der Änderung des gesetzlichen Roggenverbrauchs nur noch etwa dem Normalumfang eines Monatsbedarfes entsprechen. Bei einer guten Ernte von 8,5 Millionen Tonnen würde eine zusätzliche Unterbringung von etwa 1,5 Millionen Tonnen möglich werden. Hierfür sieht die Regierung die Lösung der Weizenpolitik, die Lösung des Roggenverzehr durch das Brotgesetz und die Mehrverfütterung von Roggen durch Drohfelung der Einfuhr ausländischer Futtermittel vor.

Der Minister kündigte weiter eine Propagandaaktion zur Umstellung der Viehhaltung auf verminderten Roggenanbau an. Im Zusammenhang mit der Verwertung der Gattfrüchte teilte Minister Schiele dann mit, die Verordnung über den Spermbahnzwang sei mit den Interessenten soweit beraten, daß sie noch vor der neuen Kampagne erlassen werden könne. In der Milchwirtschaft seien der Regierung die Hände noch gollpolitisch gebunden, weshalb die Regelung der Milchwirtschaftszölle von der Regierung mit Nachdruck betrieben würde. Für die Verwertung von Schmalz und Talg mühen neue Wege gefunden werden, etwa nach Art des Vermählungszwanges für Weizen.

Der Minister schloß mit dem Versprechen, daß sich die Regierung zur Übernahme der in die Hunderte von Millionen gehenden Wirtschaft und zur Bereitstellung großer Mittel trotz der überaus schwierigen Lage der Reichsfinanzen deshalb bereit gefunden habe, weil sie überzeugt sei, daß es ihr gelingen werde, dem Osten und insbesondere der Landwirtschaft die erforderliche Lebensgrundlage wiederzugeben.

Hg. Schmidt-Rödenid (S.) betonte in der Aussprache, daß nicht durch Zollserhöhungen, sondern nur durch Produktionsregelung der landwirtschaftlichen Not gesteuert werden könne.

Der deutschnationale Hg. Dergt bezeichnete die Fürsorge für den Osten als die dringlichste Aufgabe. Den Plan, zwischen der Osthilfe und den Finanzreformplänen der Regierung ein Junctum herzustellen, wies er als unmoralisches Unterfangen zurück.

Der Zentrumsdirektor Bornefeld-Ettmann war der Ansicht, daß Sand in Sand mit der Reichshilfe die Selbsthilfe der Landwirtschaft gehen müsse.

Der völksparteiliche Hg. Günther betonte, daß von der Rentabilität der Landwirtschaft das Gedeihen der Gesamtwirtschaft abhängt. Von einem christlich-nationalen Redner wurde erklärt, daß die landwirtschaftliche Rentabilität nur durch zoll- und wirtschaftspolitische Maßnahmen wiederhergestellt werden könne, und daß Deutschland, solange es keine Zollautonomie besitze, keine Wirtschaftspolitik bei Abschluss von Handelsverträgen gewähren dürfe.

Ein Redner der Bayerischen Volkspartei verlangte stärkere Zollschutz für Käse und andere Meiereiprodukte, sowie Verbilligung des Realpreises der Landwirtschaft, während ein kommunistischer Abgeordneter das Osthilfegesetz als Stützung des Großgrundbesitzes auf Kosten der Gesamtheit bezeichnete.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt, wo auch die Abstimmungen der letzten Woche nachgeholt werden sollen.

Die Forderungen der Deutschen Volkspartei

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich dahin ausgesprochen, sie werden das Notopfer ablehnen, es sei denn, daß es organisch in den Rahmen eines Gesamtprogramms eingefügt werde. Von der Behandlung ihrer Forderungen werde die Deutsche Volkspartei ihr gesamtes Verhalten gegenüber dem Reichskabinett abhängig machen, worin auch, wie die „D.V.Z.“ betont, die Entsendung von Ministern inbegriffen ist. Die „Völk. Ztg.“ spricht sogar von einem Volksparteiultimatum und legt den völksparteilichen Fraktionsbeschlüssen dahin aus, daß, falls eine Einigung nicht zustandekommt, die Deutsche Volkspartei auch den Reichsaußenminister Dr. Curtius aus dem Kabinett zurückziehen würde.

Wird Dietrich Reichsfinanzminister?

Am Montagabend hatte der Reichskanzler eine Unterredung mit dem Reichswirtschaftsminister Dietrich. Die „Völkische Zeitung“ meldet dazu, Dietrichs Plan einer Finanzsanierung weiche zum Teil von dem Moldenhauersehen ab. Während Dr. Moldenhauer das eigentliche Statistat durch ein vierprozentiges Notopfer aller Beamten und Selbstbestehenden decken wollte, was im wesentlichen auf eine Gehaltskürzung hinausgelaufen wäre, halte Dietrich den von der preußischen Regierung im Reichstag gemachten Vorschlag für günstiger, das Notopfer lediglich in der Höhe von 2 1/2 Proz. entsprechend dem Beitrag der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung zu erheben, und den Kreis der von diesem Notopfer Betroffenen zu beschränken. Der Ausfall, der sich aus dem abweichenden Vorschlag ergibt, soll zum Teil gedeckt werden durch größere Streichungen im Etat. Es würde sich um etwa 100 Millionen Reichsmark handeln. Erwogen werden sei, ob nicht als Ausgleich für das sogenannte Notopfer der Beamten ein Zuschlag zu jenem Einkommen erhoben werden könnte, das nicht aus Gehalt und Lohn fliehe.

Eine Rolle spielte in der Unterredung auch die Frage eines Ermächtigungsgesetzes, das nicht generell gewährt, sondern unter bestimmten Voraussetzungen bewilligt werden soll. Die Regierung soll ermächtigt werden, innerhalb bestimmter Grenzen die Deckungsvorgänge auf dem Verordnungswege zu erlassen. Unter diesen Voraussetzungen wäre auch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes erleichtert, da es nicht einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bedürfte.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Innerhalb der demokratischen Fraktion bestehen nach wie vor die schwersten Bedenken gegen die Übernahme der Moldenhauerischen Erbschaft durch Dietrich; man weiß aber auch, daß der Kanzler das Kabinett nicht als eine Koalitionsregierung betrachtet und deshalb von Herrn Dietrich weder die Zustimmung seiner Fraktion verlangen, noch sie für nötig halten würde, ebensowenig wie Herr Dietrich in einem solchen Falle durch seine Fraktion gebunden wäre. Sollte Herr Dietrich annehmen, dann könnten sich daraus u. U. Konflikte zwischen ihm und seiner Fraktion ergeben, je nachdem, wie das modifizierte Finanzprogramm ausfällt, über das er sich mit dem Kanzler einigen wird.

Neuwahlen in Preußen?

Der preußische Ministerpräsident hat der „Völkischen Ztg.“ zufolge den Vorsitzenden des Staatsrates, den Kölner Oberbürgermeister Avenauer, ersucht, am Mittwoch in Berlin anwesend zu sein. Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß am Mittwoch der Preußische Landtag die Schlusssitzungen über den Etat wiederholen wird, dessen Verabschiedung die Opposition vor Pfingsten durch Fernbleiben bei der Abstimmung unmöglich machte. Sollte die Zahl der Abgeordneten der Regierungskoalition, die sämtlich gesucht worden sind, am Mittwoch vollständig zu erscheinen, nicht ausreichen, um die Beschlußfähigkeit zu sichern, falls die Opposition ihre Obstruktion fortsetzt, so daß die Schlusssitzung wiederum ergebnislos bliebe, dann würde, so meint die „Völkische Zeitung“, der Landtag sofort aufgelöst werden. Da dieser u. a. auf Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten von Landtag und Staatsrat bestehenden Ausschusses aufgelöst werden kann, sieht das Blatt in der Einladung an Dr. Avenauer eine drohende Geste des preußischen Regierungschefs, deren Wirkung er sicher zu sein glaubt.

Die Lohn- und Preissteigerungsaktion der Reichspost

Die Deutsche Reichspost will im Rahmen der Notgesetze demnächst umfangreiche Bestellungen über das etatmäßig vorgesehene Programm hinaus an in Frage kommenden Industriebereichen erteilen. Laut „Berliner Börsenkurier“ sind die Verhandlungen inzwischen soweit gediehen, daß sich der Verwaltungsrat der Reichspost bereits in einer Sitzung am kommenden Freitag mit der Angelegenheit beschäftigen wird.

Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß der Reichspostminister für die Auftragserteilung gewisse Bedingungen an die Lieferindustrien (Telephon-, Telegraphen-, Kabel-, Wagon-, Kraftfahrzeug- und Bauindustrie) gestellt hat. Im Rahmen der Lohn- und Preissteigerungsaktion sollen sich die Lieferfirmen einmal dazu bereit erklären, einen Preisnachlaß im Ausmaß von durchschnittlich 10 Proz. vorzunehmen. Ferner sollen sie sich verpflichten, auf Grund der Sonderbestellungen Arbeiter einzustellen, denn es sei in erster Linie Sinn und Zweck des Notprogramms, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Einschneidender Wechsel im elsässischen Schulwesen

Der Direktor des Volksschulwesens im Unterelsaß, Houtzig, ist, wie aus Straßburg gemeldet wird, zum Generalinspektor der französischen Volksschulen ernannt und nach Paris befehligt worden. Houtzig war der Organisator der französischen Volksschule in Elsaß-Lothringen nach dem Kriege, der Schöpfer des Unterrichtswesens, das seither jüdische Kritiken der Dematbewegung hervorgerufen und durch seine Gefährdung der Volkssprache und Volkstümlichkeit zum Erwachen der Heimatbewegung beigetragen hat.

Er war hinter den Kulissen einflussreich genug, um sogar seinerzeit Poincarés Versprechen auf stärkere Berücksichtigung des Deutschen im Volksschulunterricht nachträglich zu sabotieren, indem er es auf das lächerliche Maß zurückführte, daß der Beginn des deutschen Sprachunterrichts um ein halbes Jahr früher verlegt und ihm für diese ganze Zeit drei Wochenstunden zugebilligt wurden. Es verläut, daß sein Posten in der Schulverwaltung durch einen Elsäffer besetzt werden soll.

Abgewiesene Anlage gegen Braun. Die preußische Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei beantragt, gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun wegen seiner kürzlich am Staatsgerichtshof geübten Kritik die Ministeranfrage zu erheben. In der Begründung war ausgeführt, daß eine solche Kritik geeignet sei, das Vertrauen in die Reichspflege und damit die Staatsautorität zu gefährden. Der Antrag ist aber vom Büro des Landtags wegen nicht genügender Unterstützung zurückgewiesen worden.

Der Mindener Spionagefall. Von zuständiger Berliner Stelle wird die Verhaftung des Oberpostmeisters Adam und seiner Frau in Minden bestätigt. Nähere Angaben können nicht gemacht werden, weil sie nach § 11 des Gesetzes über den Verfall militärischer Geheimnisse einen Eingriff in ein Verfahren darstellen würden. Es soll sich um eine Spionageangelegenheit von großem Ausmaß handeln. Im Reichsministerium hat man den Spionagefall für außerordentlich ernst

gionen hinübermünden läßt, wo das schwere Ringen der Klafft um letzte Gültigkeit des Geistes und der Seele beginnt.

Daher gehört der Bruchsaler Ortsgruppe des Landesvereins „Badiſche Heimat“ aufrichtiger Dank für ihre köstliche, nun schon seit Jahren liebevoll geförderete Einrichtung; Anerkennung verdient aber auch das aus Mitgliedern des badiſchen Landestheaters gebildete Kammerorchester, das unter Generalmusikdirektor Josef Krips viel schöner, als es wohl je der alte Bruchsaler Hofkapellkapelle gelang, all die Werke zum Klängen bringt. Eine Solovioline, eine Oboe oder Flöte, und sogar der einzige Kontrabaß tönen selbstsam weich und samtig in der milden Nachtluft, und welche ergreifende Sprache entströmt dem Schloßflügel, wenn er in Hoffmeisters „Concerto pour le Clavecin“ zu sich und aus sich selbst heraus zu reden beginnt. Unbefrittener Höhepunkt bleibt freilich wiederum Mia Winter (Frankfurt) mit ihrem glöckereinen, für den Traum dieser Stunde geradezu geborenen Sopran, der bald in süßester Melancholie schmachtet, bald in toller Liebeseligkeit hüßt. Man versteht ohne weiteres, warum der Saal, der zweihundert andächtig Lauschende (darunter Innenminister Wittmann) beherbergt, ihr besonders begeistert jubelt, denn sie ist es vor allem, die das Unwahrscheinliche wahr macht und mit ihrer großen Kunst — aus unbewölkttem Himmel gleichsam — in der Tat Glück und Wärme ausstrahlt. H. Sch.

Mannheim ehrt Furtwängler. Anlässlich der an ein Akademienkonzert sich anschließenden Feier wurde die Ernennung Dr. Wilhelm Furtwänglers, der Gastdirigent dieses Konzertes war, zum Ehrenmitglied der Musikalischen Akademie des Nationalorchesters bekannt gegeben.

Operettenkomponist Winterberg gestorben. Der bekannte Operettenkomponist Robert Winterberg ist auf seinem Gut in der Mark nach einem schweren Lungenleiden im Alter von 46 Jahren gestorben. Winterberg stammte aus einer Wiener Journalistenfamilie, war ein Schüler Gustav Meisters, wandte sich jedoch bald von der ersten Musik ab und der Operette zu. Seine größten Erfolge waren „Anneliese von Deffau“, „Der Gästling der Jarin“ und „Die Plume der Maintenon“.

Badischer Teil

Beginn der Verkehrswissenschaftlichen Woche in Karlsruhe

Die anlässlich der 40-Jahr-Feier des Bundes Deutscher Reichsbahninspektoren und Amtmänner (Bezirk Baden) mit Unterstützung der Verwaltungsakademie Baden und der Reichsbahndirektion Karlsruhe veranstaltete Verkehrswissenschaftliche Woche wurde am Montagvormittag im Beisein von Vertretern der badischen Regierung, staatlicher und städtischer Behörden, der Vertreter von Handel und Gewerbe und verschiedener Berufsvertretungen im vollbesetzten Hörsaal 16 des Aulahauses der Technischen Hochschule in Karlsruhe durch den Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Freiherrn von Eß-Rübenau, eröffnet. In seinen Ausführungen kam der Präsident auf die wirtschaftliche Krise zu sprechen und führte dabei u. a. aus, mit der jetzigen Politik, die einen Ausweg aus allen Schwierigkeiten jenseit, könne Deutschland nun und nimmer gefunden werden. Wenn man beobachtet, wie nach einem Ausweg nach allen Schwierigkeiten gesucht wurde, so müsse man feststellen, daß die Clique, Gruppe oder Partei ihre eigenen Interessen höher stelle als die der Allgemeinheit. Den gesteigerten Anforderungen der Berufstätigkeit könne nicht durch Erhöhung der Personenzahl, sondern nur durch Erhöhung des Leistungswertes der einzelnen Person Rechnung getragen werden. Die Reichsbahnverwaltung suche dieses Ziel durch ein umfassendes Ausbildungsprogramm zu erreichen. Das Personal habe darüber hinaus ein freiwilliges Bildungswesen aufgebaut, das sich in erfreulicher Entwicklung befände.

Der Obmann der Verkehrswissenschaftlichen Woche, Reichsbahninspektor Zimmer, betonte, daß der Bund der Inspektoren nicht zusammengekommen sei, um zu feiern, sondern um seinen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich weiter zu bilden.

Hierauf sprach Reichsbahndirektor Dr. Spiess bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn in Berlin über die Deutsche Reichsbahn im Wettbewerb mit anderen Verkehrsmitteln, mit den Kraftwagen und mit der Binnenschiffahrt. Durch eine Zusammenarbeit zwischen Eisenbahn und Kraftwagen, so erklärte der Referent, könne in Deutschland nur sehr wenig erreicht werden, denn Zusammenarbeit habe nur Zweck, wenn man dadurch neuen Verkehr schafft. Wenn der bisherige Eisenbahnverkehr einfach auf das Auto verdrängt würde, so bedeute dies keinen Gewinn. Die Reichsregierung sei in dieser Angelegenheit in einer der Reichsbahn weit entgegenkommenden Weise mit dem Plan einer Ausgleichsabgabe vorgegangen. Ferner sei zu hoffen, daß auch auf dem Gebiete des Kanalbaues sich die auf allen anderen Gebieten bereits durchgeführten Verständigungen zwischen Reich und Reichsbahn durchziehen werde. In der Frage der Umschlagstarife sei die Reichsbahn seit 1924 den Hafenplätzen entgegengekommen, sei aber leider bisher auf äußerst wenig Verständnis gestoßen.

Vch. Regierungsrat Sommerlatte, Reichsbahndirektor bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn in Berlin, verbreitete sich danach über die Rationalisierung im Güterverkehrsbereich unter besonderer Berücksichtigung der Mechanisierung, die eine Erhöhung der Arbeitsleistung, Verminderung der Arbeitsvorgänge unter möglicher Schonung der Arbeitskräfte bringen soll. Der Redner betonte, daß die Reichsbahn in ihren Betrieben alle modernen Arbeitsmaschinen benütze, wenn sie auch durch ihre schlechte Finanzanlage an einer schnellen Anschaffung gehemmt werde. Zur Begründung gab der Redner Einzelheiten aus dem mechanisierten Betrieb bekannt. — Mit diesen Vorträgen schloß das Programm des ersten Tages.

Gegenseitige Anerkennung der Reisezeugnisse

Der nichtstaatlichen Lehranstalt in Sasbach, Amt Bühl, und der privaten Schloßschule in Salem, Amt Oberlingen, wurde auf Grund der Vereinbarung der Länder über die gegenseitigen Anerkennungen der Reisezeugnisse der Höheren Schulen das Recht zur Abhaltung der Reifeprüfung mit der Wirkung der gegenseitigen Anerkennung verliehen.

Die christlichen Metallarbeiter zum Notopfer

Eine stark besuchte Vertreterkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands in Karlsruhe nahm Stellung zur gegenwärtigen Lage. Einstimmig wurde eine Entschlieung angenommen, in der u. a. erneut und nachdrücklich die Forderung nach einem allgemeinen Notopfer erhoben wird. Die Darstellung, als ob es sich beim Notopfer um eine „Sonderbelastung“ der Festbesoldeten handele, entspreche nicht den Tatsachen. In Wirklichkeit handele es sich um die Geranziehung bedürftiger, von eigener und allgemeiner Sozialpflicht befreier Kreise zu den selbstverständlichen Verpflichtungen der Volksgemeinschaft. In diesem Zusammenhang betraue die Konferenz außerordentlich Bestimmung und Inhalt der Ausführungen, die Reichsfinanzminister a. D. Dr. Höpfer in der Presse zum Notopfer machte. Die Vertreterversammlung begrüße das Gesamtprogramm, welches die Regierung Brining zur Milderung der Lage machte und erwarbe von der Reichsregierung, daß sie auf ihrem Programm beharre.

Der Verband badischer Haus- und Grundbesitzervereine

hielt in Heidelberg seine 28. Landesversammlung ab. In der Stadthalle folgte am Sonntag früh vor der offiziellen Tagung eine geschlossene Mitgliederversammlung, in der die Wahlen zum engeren Vorstand die alten Vorstandsmitglieder erneut bekräftigt sahen. Dr. Worbelauber (Frankfurt a. M.) hielt ein bedeutungsvolles Referat. Er zeichnete in scharfen Umrissen den harten Existenzkampf des deutschen Haus- und Grundbesitzes, betonte insbesondere die ungeheuerlichen steuerlichen Belastungen in Reich, Land und Gemeinden. Das Finanzproblem sei das Kernproblem der heutigen Wirtschaft. An den städtischen Regierungen übte er scharfe Kritik und forderte für den Alltagsbesitzer die Möglichkeit einer gewissen Rentabilität, an Hand deren der Hausbesitz die notwendigen Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten vornehmen könne. Gleichzeitig forderte er die Bereitstellung billiger Kredite, ferner mit allem Nachdruck die Senkung der Mietzinssteuer in der Höhe, die bisher für öffentliche Bauzwecke Verwendung fanden. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen rentiere ein Haus nur noch im Durchschnitt mit 0,9 Prozent Zins. In seinen Schlußausführungen forderte er, daß der Unternehmerstandpunkt wieder zu seinem Recht komme und daß die freie Wirtschaft baldmöglichst wieder einzuführen sei.

Der Vizepräsident, Architekt Wille, hielt alsdann ein Referat, in dem er zum Entwurf des neuen Gebäudeversicherungsgesetzes Stellung nahm. Das bisher bestehende Gesetz habe ein Alter von 70 Jahren und sei überaltert. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung der Selbstverwaltung unter Beteiligung aller Kreise, die an ihr interessiert sind. Die offizielle Landbestellung konnte sodann vom Präsidenten von Au mit besten Wünschen für eine bessere Zukunft geschlossen werden.

Verband badischer Gemeinden

Der Vorstand des Verbandes badischer Gemeinden hielt in Gernsbach eine Sitzung ab, in der u. a. folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1. Änderung des Straßengesetzes. Der Vorstand bedauert außerordentlich, daß der Bad. Landtag es zunächst abgelehnt hat, die Land- und Kreisstraßenkostenanteile der Gemeinden nach Maßgabe des Nutzens und der Leistungsfähigkeit an Stelle der Länge eines Gemeindeverbindungsweges auf die Gemeinden umzulegen, obwohl nur so der unerträglich hohen Belastung der leistungsschwachen Gemeinden mit Straßenkosten etwas abgeholfen werden kann. Er beschließt, demnächst erneut vortellig zu werden und dabei zu beantragen, daß sämtliche Durchgangsstrecken vom Staat aus den Erträgen der Kraftfahrzeugsteuer zu unterhalten sind. Sollte diese Regelung indessen einstweilen noch nicht möglich sein, so müssen wenigstens bis dahin die Kosten nach Verhältnis der Finanzkraftnahme und des Nutzens, d. h. nach der Einwohnerzahl und der Steuerkraft umgelegt werden.

2. Kennzeichnung der Hauptverkehrsstraßen durch Ortsbeschilderung. Die Kosten für die Anbringung von Ortstafeln durch die Wasser- und Straßenbauämter ohne Mitwirkung der Gemeinden müssen nach Auffassung des Vorstandes von der Staatskasse und nicht von den Gemeinden getragen werden, da es sich nicht um eine ortspolizeiliche Angelegenheit handelt. Eine Umlegung der Kosten als Straßenunterhaltungsaufwand nach Maßgabe des Straßengesetzes könnte noch hingenommen werden.

3. Beschädigung durch Lastkraftwagen. Bei der Regierung ist zu beantragen, daß die Fahrgeschwindigkeit von Lastkraftwagen innerhalb geschlossener Ortschaften auf höchstens 10 Kilometer in der Stunde festgesetzt wird, da sonst die jetzt schon zu beobachtenden schweren Beschädigungen an Gebäuden einen ausgedehnten Umfang annehmen und auch andere Nachteile eintreten, welche die betroffenen Eigentümer außerordentlich stark belasten.

4. Änderung der Gemeindeverwaltungsgebührenordnung. Der Vorstand hält eine Änderung der Gemeindeverwaltungsgebührenordnung für erforderlich und beschließt, der Regierung Vorschläge hierfür zu machen.

5. Hochwasserbeschaden. Der Verbandsvorstand beschließt, bei der Regierung dahin vortellig zu werden, daß Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser getroffen werden, ähnlich wie es die Pfalz durch Anlage eines Hochwasserdammes macht, oder daß die Schäden durch Gewährung von Beihilfen zur Erstellung von Pumpwerken abgewendet werden.

6. Änderung des bad. Steuerverteilungsgesetzes. Der Vorstand bedauert sehr, daß der so dringend notwendige Lastenausgleich unter den Städten und Gemeinden anlässlich der Änderung des bad. Steuerverteilungsgesetzes nicht geschaffen wurde. Die jetzt schon sehr großen finanziellen Schwierigkeiten der kleineren Gemeinden, die in ihren Haushalten ohnehin stark eingeschränkt sind, verschärfen sich dadurch von Tag zu Tag mehr. Der Antrag ist demnächst zu wiederholen.

7. Änderung des Sparlastengesetzes. Der Vorstand verfaßt die Anträge zum ersten Referentenentwurf des bad. Sparlastengesetzes. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Festsetzung der Soll- und Habenzinsen, um die Liquiditätsreserve, um den Schutz der kleineren Sparlasten und um die Bildung von Bezirksparlasten.

8. Änderung des Gemeindevahlrechts. Der Vorstand hält trotz gewisser Bedenken die freie Listenwahl in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern für erforderlich und beantragt bei der Regierung, sie probenweise einzuführen oder doch die Voraussetzungen dazu zu schaffen.

9. Unfallversicherung der freiwilligen Feuerwehren. Bei der Staatsregierung ist die Bewilligung von zusätzlichen Leistungen zu den nach der RVO. zu gewährenden unzulänglichen gesetzlichen Renten an unfallverletzte Feuerwehrleute zu beantragen. Bis dahin wird den Gemeinden und den freiwilligen Feuerwehren empfohlen, zusätzliche Privatversicherungen nicht abzuschließen.

10. Belastung der Gemeinden durch die Arbeitslosenfürsorge. Die Belastung der kleineren und mittleren Gemeinden mit Fürsorgeaufwendungen für die Wohlfahrtsfürsorge nimmt einen unerträglichen und beängstigenden Umfang an, da zwei Drittel aller badischen Industriearbeiter in diesen Landgemeinden wohnen. Bei der Regierung ist daher zu beantragen, daß die Last der Dauerarbeitslosigkeit den Gemeinden abgenommen und auf breitere Schultern verteilt wird, oder daß noch besser durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten dafür gesorgt wird, die Unterstützungsgelder produktiv zu verwenden. Außerdem sollen raschstens Staatsmittel zur Entlastung bedürftiger Gemeinden bereitgestellt werden.

11. Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse für Gemeinde- und Bürgerbeschwerden. Der Regierung sollen Verbesserungsvorschläge auf dem Gebiete des Schlichtungswesens gemacht werden.

12. Beteiligung der Gemeinden an der Gesetzgebung. Mit den Städteverbänden ist wegen Sicherung und Erweiterung des Anordnungsrechts der Gemeinden (§ 20 der bad. Verfassung) in Verbindung zu treten.

Reichsvereinigung öffentl. Pensionsanstalten

Wie die öffentlichen Kreditanstalten und Lebensversicherungen sich schon länger zu Verbänden zusammengeschlossen haben, so sind auch die öffentlichen Pensionsanstalten im vorigen Jahre erstmalig in der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Dresden zur gemeinsamen Wahrnehmung ihrer Belange zusammengetreten. Die zweite Tagung fand dieses Jahr in der bayerischen Versicherungskammer in München statt. Besonders wichtig waren die Verhandlungen über die Finanzierungsfrage und über ein Gegenseitigkeitsabkommen, durch das die Freiwilligkeit der Kommunalbeamten über alle Landesgrenzen dadurch gewährleistet wird, daß beim Wechsel der Stelle ihre erdienten Pensionsanwartschaften von einer Pensionsanstalt zur anderen nachzahlungs-frei überschrieben werden sollen; diese Vereinbarung bestand bisher bereits zwischen den preussischen Provinzialinstituten. Von einer bevorstehenden Reichsverordnung wird erwartet, daß sie in Ausführung von § 18 Absatz 7 des Angestelltenversicherungsgesetzes gemäß der in Dresden beschlossenen gemeinsamen Eingabe im Falle der Aufrechterhaltung der Anwartschaften bei einer Landesversicherungsanstalt von Beitragsnachzahlungen zur Reichsversicherungsanstalt für Angestellte befreit. Eine zahlenmäßige Übersicht über alle deutschen Landesversicherungsanstalten und ihre Entwicklung wird durch Fragebogen für die nächste Zukunft vorbereitet, die in Berlin beim Verband der preussischen Provinzen in Aussicht genommen ist. Aufschriften an die Arbeitsgemeinschaft öffentlicher Pensionsanstalten sind nach Dresden A 1, Wiener Straße 28, zu richten.

Tagungen

Der 13. Verbandstag des Badischen Schuhmachermeisterverbandes fand in Rehl statt. Der Anschließ an den Reichsverband ab 1. Juli wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Die Beitragsfrage fand eine befriedigende Regelung. Der nächste Verbandstag findet in Mosbach statt.

Badisch-pfälzischer Zimmermeister-Verbandstag

In großer Zahl waren die Delegierten und Gäste zum diesjährigen Verbandstag nach Speyer gekommen. Die ganze Tagung stand im Zeichen der Werbung für das einheimische Holz. Am Samstag war zunächst die Generalversammlung der Ein- und Verkaufsgenossenschaften der badisch-pfälzischen Zimmermeister, danach die Vorstandssitzung des Verbandes. Anschließend tagte die Generalversammlung des Verbandes. — Die tiefste Kurvenlinie in der Konjunkturbewegung ist überwunden. Auch im Zimmergewerbe geht es wieder aufwärts. Man sieht dem Späthjahr hoffnungsvoll entgegen. Forstrat Eichenholz (Willingen), der Geschäftsführer des Badischen Waldbesitzerverbandes, referierte über die Bedeutung der deutschen Waldwirtschaft in volkswirtschaftlicher Beziehung. Der Vortragende erwähnte die Rebenutzung des Waldes (Jagd, Kinde, Streu usw.), die jährlich 200—225 Millionen Reichsmark ausmachen, so daß der Wert der gesamten Urproduktion des deutschen Waldes fast eine Milliarde Reichsmark jährlich beträgt. Der Referent wies die volkswirtschaftlichen Schäden der starken Holzeinfuhr nach, die 1928 gegen ¼ Milliarden Reichsmark beträgt! Die Waldbrenten sinken, die Holzpreise sind 30—35 Proz. zurückgegangen. Noch trüblicher steht es um den Reinertrag, der anfangs 1928 noch 40 Proz. der Holzeinnahmen betrug, heute höchstens bis 10 Proz. Und trotzdem werden zur Deckung der Mindereinnahmen der Gemeinden mehr Fische als je vorgekommen. Das bedeutet wirtschaftlichen Ruinbau und schließlich den Ruin des Waldes. — Landtagsabgeordneter Fischer-Konstantz sprach dann noch über die Verwendung des Holzes im neuzeitlichen Bauen.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Welttreffen der Badener

Soeben versendet die Geschäftsstelle des „Badener Heimat-tages“ an zahlreiche Ehrengäste und an die Presse des Landes und Reiches die Einladungen zum Welttreffen der Badener zusammen mit dem zweiten und endgültigen Programm- und Auskunfts-buch, in welchem sämtliche Darbietungen in Karlsruhe und im badischen Lande ausführlich enthalten sind. Bekanntlich umfaßt das reichhaltige Programm in der badischen Landeshauptstadt selbst die vier Tage vom 11. bis 14. Juli, von denen jedoch Samstag, der 12. und Sonntag, der 13. Juli die bemerkenswertesten Höhepunkte der Veranstaltungen aufweisen.

Am den Besuch dieser beiden Tage zu erleichtern, werden ermäßigte Teilnehmerkarten (Farbe gelb) zum Preise von 3 M. ausgegeben, und für diese verhältnismäßig geringe Summe können die hochwertigen Darbietungen, die Vorträge im Rahmen des „Kongresses führender Badener in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft“, „Das badische Gesicht“, die feierliche Eröffnung der Ausstellungen in der städtischen Ausstellungshalle, die Volkskundgebung für „Das Deutschtum im Ausland und in unseren verlorenen Kolonien“ und vor allen Dingen der große badische Heimatabend besucht werden, ferner am Sonntag das historische Konzert des Badischen Kammerchors „Musik in Konstanz um das Jahr 1500“, die Kundgebungen für das Heimat- und Volkslied, die Kundgebung für den deutschen Wald mit der Gedächtnisfeier für die Saar und die befreite Pfalz, die Besichtigung des Festzuges der badischen Bürgerwehren und Milizen, schließlich das Sommerfest im Stadtpark am Sonntagmorgen und das Sommer-nachtsfest baselst sowie die literarische Abendfeier im Konzertsaal der Badischen Hochschule für Musik.

Die Fülle der Veranstaltungen, die auch alle qualitativ hohen Niveau besitzen, werden ohne Zweifel jedem Besucher etwas Wertvolles bieten, so daß die Teilnahme am „Badener Heimattag“ zum allermindesten am Samstag und am Sonntag nicht nur zu empfehlen, sondern in Anbetracht des heimat-kulturellen Charakters des Festes eine Ehrenpflicht für alle Badener ist. Die Festtage werden am Montag, den 14. Juli, mit einem großen Schlussonzert mit der Aufführung von Werken badischer Meister eindrucksvoll beendet.

Das Programm- und Auskunfts-buch des „Badener Heimattages“ ist bereits jetzt von der Geschäftsstelle in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 10, zu beziehen, und gibt auch Aufschluß über die Sonderzüge zum Heimattage und die Ausflüge ins Badener Land, den Schwarzwald, die Pfalz und das Saarland.

Karlsruhe als Ausstellungsstadt Zu den großen, bereits bekanntgegebenen Ausstellungen, die in den nächsten Monaten sowohl in der städtischen Ausstellungshalle, wie auch im badischen Landesgewerbeamt stattfinden, kommt neuerdings die Anmeldung einer Ausstellung für „Sanitätskolonnenwesen“, die in Verbindung der Reichstagung des Verbandes der deutschen Sanitätskolonnen in der Landesgewerbehalle gezeigt wird, und zwar in der Zeit vom 18. bis 20. Juli.

Liedertag des Deutschen Sängerbundes. Am Sonntag, dem 20. Juni, in den Stunden von 11 bis 14 Uhr werden in allen Städten und Dörfern des deutschen Vaterlandes auf den freien Plätzen oder auf den Strahlen die schönsten Volkslieder ertönen. Die Männergesangsvereine des ganzen deutschen Sängerbundes sind zu einem langwolgenden Liedertag aufgerufen. Jeder Verein soll in seinem Heimort an diesem Tag im Freien einige Lieder singen. Kein einziger der 15000 Vereine des Deutschen Sängerbundes darf sich der Mitwirkung entziehen.

Karl Lauffötter, der beliebte Tenorbuffo des Landestheater, der uns mit Ende dieser Spielzeit verläßt, um sein Engagement an der Berliner Staatsoper anzutreten, verabschiedet sich vom Karlsruher Publikum in der Operette „Der fidele Bauer“ am Dienstag, dem 1. Juli.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Durchzug der zweiten Randwelle des Englandtiefs brachte gestern im ganzen Lande verbreitete Gewitter, die besonders auf der Saar (Gagelfälle und starke Regen) und im Bauland (Werkheim 42 Millimeter Niederschlag) sehr schwer waren. Heute morgen ist die seit Tagen bestehende Hochwetterlage unverändert. Eine neue Tiefdruckrinne liegt über Frankreich. Ihr Durchzug steht uns bevor, er wird verbreitete, zum Teil heftige Gewitter und stärkere Abkühlung bringen, da im Rücken der Tiefdruckrinne sehr kalte Luftmassen anstehen. Wetterausichten für Mittwoch: Zum Teil heftige Gewitter mit nachfolgender starker Abkühlung.

Zeitschriftenschau

Elegante Welt. Die alljährlich mit besonderem Interesse begrüßte Große Badennummer der Eleganten Welt wurde soeben ausgegeben (Verlag Dr. C. C. Eysler & Co., Berlin SW 68). Eine ungeahnte Fülle der Erscheinungen strahlt dem Betrachter entgegen und läßt ihn sich an vielfältiger Schönheit bewundern. Die hervorragende Ausstattung wird auch den vermögtesten Geschmack zu lebhafter Begeisterung bewegen. Die reichillustrierten Beiträge: Der Badenanzug up to date, der Bademantel von 1930, Variationen des Capes dienen zur Information über die maßgebenden Modeerscheinungen dieses Sommers. Der lebenswürdigen Einladung: „Besuch mich mal in Hollywood“ folgt man mit besonderer Freude und trennt sich nur schwer von den herrlichen Bildern aus dieser Märchenstätte.

Gemeinderundschau

Ergebnislose Bürgermeisterwahl. In Wittlingen (A. Mühlheim) erhielten bei der Bürgermeisterwahl der bisherige Bürgermeister Johann Friedrich Rieger und sein Gegenkandidat, der Hirschenwirt, Weibel, je 67 Stimmen, so daß ein zweiter Wahlgang erforderlich ist.

Aus dem Gemeinderat Schweningen. Die Stundenlöhne für die im Dienste der Stadt beschäftigten Wohlfahrtsverbesseren werden in Abänderung des Beschlusses vom 21. Mai 1930, Nr. 159, festgesetzt auf 70 Rpf bei Vorhandensein bis zu zwei Kindern, 75 Rpf bis zu 4 Kindern, 90 Rpf bei über 4 Kindern unter Übernahme der Beiträge zur sozialen Versicherung in vollem Umfang.

Der Bürgerausschuß Schweningen hat die Einführung der Biersteuer im Betrage von 7 Proz. des Herstellerpreises ab 1. Juli 1930 beschlossen. Der Ertrag der Steuer wird auf jährlich 32—35 000 RM geschätzt.

Der Voranschlag von Wiesloch ist für das Rechnungsjahr 1930/31 mit 487 585 M Einnahmen und 700 886 M Ausgaben festgestellt. Die Sätze betragen 128 Rpf von je 100 M neuem Steuerwert des Grundvermögens, 51 Rpf für das Betriebsvermögen und 771 Rpf für den Gewerbeertrag. In der gleichen Sitzung werden nach folgende Vorlagen behandelt: Veräußerung eines Grundstücks im Gewann Obere Hessel, Erwerbung und Veräußerung von Grundstücken zur Regulierung der Steinbergstraße und die Verbessehung der Stadtrechnung mit Nebenrechnungen für die Rechnungsjahre 1924, 1925 und 1926.

Abgelehnter Voranschlag. In Altsulheim (Amt Bruchsal) wurde der Gemeindevoranschlag 1930/31 nach lebhafter Diskussion abgelehnt. Der Voranschlag geht an das Bezirksamt zurück.

In Gengenbach hat der Bürgerausschuß an Stelle des ausgeschiedenen Gemeinderats Fritzsch den Gemeindevorordneten Paul Voller zum Gemeinderat gewählt. Dann wurde mit 25 gegen 7 Stimmen die Anschaffung einer Kleinmotorpumpe genehmigt. Bei Punkt 3: „Mündliche Mitteilung über Nichtausführung des Beschlusses betreffend Aus- und Anleideräume an der Ringzig“ gab Bürgermeister Mack bekannt, daß infolge der vielen eingegangenen Protestschreiben und Stellung der Kirchenbehörde die Ausführung unterblieben ist.

Um die Elztalbahn. Die Handelskammer Freiburg i. Br. ist erneut im Benehmen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Freiburg und mit dem Stadtschultheißenamt Schramberg wegen der Festlegung von Mitteln für den Ausbau der Elztalbahn im Westhilfeprogramm beim Reichsrat, den zuständigen Ausschussmitgliedern und den in Frage kommenden Reichstagsabgeordneten vorstellig geworden. Es wurde beantragt, nachträglich trotz der bisherigen Ablehnung die Elztalbahn entweder in das Westhilfeprogramm jetzt schon aufzunehmen oder später wenigstens den Ausbau der Bahn im Westhilfeprogramm programmatisch festzulegen.

Der Bürgerausschuß von Bad Dürkheim hat den Voranschlag für 1930/31 mit allen gegen 4 Stimmen der äußersten Linken genehmigt. Die Umlage beträgt, wie im Vorjahre, vom Grundvermögen 80, Betriebsvermögen 28, Gewerbeertrag 400 Reichspfennig. Von besonderem Interesse war die Mitteilung des Vorsitzenden, Bürgermeister Wangerter, daß der Umlage der seit drei Jahren kommunalen Verwaltung sich in dieser Zeit um 96 Prozent gesteigert, also nahezu verdoppelt habe, ein erfreuliches Zeichen für die Entwicklung der Bäderebene.

Die Aufsichtsräte Gündel-Unterstadt. In seiner letzten Sitzung genehmigte die Kreisversammlung des Kreises Baden die Mittel für die Ausführung des Straßenbaues Gündel-Unterstadt mit einem Kostenaufwand von 190 000 M. Die Genehmigung wurde unter der Voraussetzung der Kostenbeteiligung aller Beteiligten zugestimmt.

Ausbau des Freiburger Straßenbahnnetzes. Der Bürgerausschuß Freiburg ist auf 1. Juli zu einer Sitzung eingeladen. Die wichtigste Vorlage ist die Schaffung einer Verkehrtverbindung nach dem Industriegebiet. Mit einem Aufwand von 190 000 Reichsmark soll von der Jähringerstraße bei der Tullastraße, durch diese und die Engesserstraße eine rund 670 Meter lange Anfahrtsstraße der Straßenbahn abgeleitet werden. Man rechnet mit einer guten Frequenz der Strecke, da im Industriegebiet rund 2000 Personen beschäftigt sind.

In der Bürgerausschusssitzung von Schwanau wurde der Voranschlag der neuen Gemeindeverwaltung mit 27 gegen 24 Stimmen abgelehnt, weil die Zentrumspartei dagegen stimmte, die, wie die „Freiburger Zeitung“ berichtet, in dem als Familienbad betriebenen Schwanauer Bad einen ihrer Aufstellungen zuwidertretenden Zustand erblickte und gegen den Voranschlag stimmte.

Der Bürgerausschuß Staufen im Breisgau genehmigte den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930, der auf Einnahmen ohne Umlage 220 760 Rpf und an Ausgaben 264 280 M vorfäh. Der durch Umlage zu bedeckende Fehlbetrag beläuft sich auf 43 500 M, zu dessen Ausgleichung dieselbe Umlage wie im Vorjahre, nämlich 81 Rpf vom Grundvermögen, 32 Rpf vom Betriebsvermögen und 405 Rpf vom Gewerbeertrag erforderlich ist. In einer weiteren Vorlage wurde die Erweiterung der Wasserleitung genehmigt durch Anlauf einer weiteren Quelle in Obermünsteral und Vergrößerung des Wasserhochbehälters, mit einem Kostenaufwand von 28 000 M.

Der Bürgerausschuß Waldshut begann am Donnerstag die Beratung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1930/31, die am Freitag fortgesetzt wurde. Er nahm die Einführung einer Reichstabsfuhrgeldsteuer an. Bürgermeister Dr. Dostler machte darauf aufmerksam, daß der Voranschlag für 1930 wesentlich geringere Einnahmen zu verzeichnen habe, denen aber eine Ausgabenerhöhung gegenüberstehe. Ursache daran sei der erhebliche Anstieg an Reichsüberweisungssteuern. Wesentlich sei aber, daß eine Erhöhung der Umlage nicht eingetreten sei.

Kommunales aus Zell i. B. Die Stadtgemeinde Zell i. B. will nach dem Beispiel anderer Gemeinden im Biesental nun auch die französische Sprache in den oberen Klassen der Volksschule fakultativ einführen. Die Gemeindevorrechnung für 1929/30 schließt nach der vorliegenden Endabrechnung mit einem Gesamtaufwand von 143 021 M, der durch Umlage aufgebracht wird. Der Voranschlag für 1930/31 enthält bei 387 351 M Einnahmen und 517 826 M Ausgaben einen Fehlbetrag von 130 475 M.

Der Gemeindevoranschlag Singen a. D. Der Gemeinderat, der in wiederholten Sitzungen den Voranschlag für 1930 beraten hatte, lehnte nach sehr langwierigen Verhandlungen mit Mehrheit den Gemeindevoranschlag für das Jahr 1930 ab. Der Gemeindevoranschlag schloß mit einem ungedeckten Aufwand von 1/4 Million Reichsmark ab, den durch Umlage zu bedecken die Mehrheit des Gemeinderats für unmöglich erklärte. Vor dem Rathaus hatte sich eine große Menge eingefunden und nahm mit Spannung das Ergebnis der Beratungen entgegen, das zu lebhaften Diskussionen innerhalb der Bürgerschaft führte.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Fest der Heiligblut-Wallfahrt

5ld. Waldhörn, 23. Juni. Am Sonntag dürfte die diesjährige Jubelwallfahrt nach Waldhörn auf ihrem Höhepunkt angelangt sein. An Stelle des erkrankten Erzbischofs begrüßten die Einwohner Waldhörns am Samstagnachmittag den Weihbischof Dr. Burger. Der Weihbischof überbrachte die Grüße und den Segen des Erzbischofs und gab seiner eigenen Freude über das Wiedersehen im Frankenlande, seiner engeren Heimat, Ausdruck. Um 7 Uhr abends traf der große Karlsruher Pilgerzug mit 1300 Karlsruher Pilgern mit dem Staatspräsidenten an der Spitze in Waldhörn ein. Die Karlsruher Pilger wurden von dem Wallfahrtspfarrer, Geistl. Rat Dorbath, herzlich willkommen geheißen. Nachdem die Dunkelheit angebrochen war, formierten sich die Pilger von der Kirche aus zu einer Lichtprozession. Der Sonntag wurde zum richtigen Höhepunkt der Wallfahrt. Das Pontifikalamt las nach feierlichem Einzug der Weihbischof während Prälat Stumpf die Pilgerpredigt hielt. Nachmittags trafen sich die Karlsruher Pilger im Saal „Zum Klosterstübli“ zu einer großen Festversammlung. Präsident Dr. Baumgartner sprach seine Freude über das Gelingen des Karlsruher Pilgerzuges aus. Staatspräsident Dr. Schmitt dankte für die ihm zuteil gewordene Begrüßung, die er als Ausdruck der Treue zu Staat und Obrigkeit. Der Staatspräsident, der mit dem Innenminister Wittenmann von Berlin zurückgekehrt war, konnte darauf hinweisen, daß er auf der Länderkonferenz im Sinne der Erhaltung selbständiger deutscher Länder und damit deutscher Kultur nicht ohne Erfolg gekämpft habe. Wie er, forderte auch Dr. Baumgartner noch einmal die katholische Tat im politischen Leben. Nach Schlussworten des Prälaten Stumpf wurde ein Begrüßungstelegramm an den Erzbischof Dr. Fritsch abgefaßt, das eine herzliche Erwiderung fand.

5ld. Mannheim, 24. Juni. Im neuen Bürgerausschußsaal fand am Montag die 65. ordentliche Sitzung der Kreisversammlung des Kreises Mannheim statt, bei der als Vertreter der Staatsaufsichtsbehörde Landeskommissar Geh. Regierungsrat Hebling anwesend war. Der Hauptvoranschlag wurde mit kleinen Änderungen angenommen. Bei 1 638 000 Reichsmark Ausgaben und 736 000 M Einnahmen sind 902 000 M durch Kreissteuern aufzubringen.

D3. Waldkirch, 24. Juni. Am Dienstag feierte Medizinalrat Dr. Eckert seinen 70jährigen Geburtstag. Seit dem Jahre 1898, wo er von Waldhörn hierher versetzt wurde, ist er bis vor wenigen Jahren als Bezirksarzt im Bezirk Waldkirch tätig gewesen. Er ist seit einer langen Reihe von Jahren auch dirigierender Arzt des Krankenhauses „Mazhaus“ der Firma Gütermann in Gutach.

D3. Zell i. Biesental, 23. Juni. Gerüchtwaise verlautete, daß die hiesige Spinnerei und Weberei ihren Betrieb teilweise stilllegen würde. Das trifft in der vorliegenden Form jedoch nicht zu. Das Werk beabsichtigt lediglich einen kleinen Teil ihres Betriebes kurzzeitig zu lassen, falls die Umstände es erforderlich machen sollten, und hat zu diesem Zweck entsprechende Vorkehrungen getroffen. — In der Seidenfabrik, deren Stilllegung beabsichtigt ist, ist die erste Teilkundigung ausgesprochen worden. Auch in der Eisenbranche sind Kündigungen zu verzeichnen.

Besucht die **Große Lebensmittel-Ausstellung** vom 21.—30. Juni in der Ausstellungshalle Eintritt 50 Rpf. — Gratisproben-Abgabe.

Einladung zum Edeka-Hausfrauentag
am Mittwoch, 25. Juni 1930, nachm. 3 1/2 Uhr, im großen Saale der städtischen Festhalle, Karlsruhe
Mitwirkende:
Orchester: Polizeikapelle (Leitung: Obermusikmeister Heisig), Tanzvorführungen der Tanzschule Mertens-Leger, Lieder: Frau Seifert, Berlin. Am Flügel: Frau Trudel Mappes, Karlsruhe
Eintritt: 50 Rpf.
wofür Kaffee und Kuchen unentgeltlich verabreicht werden 439

Wanzen! Wanzen!
welch ein Schreck, mit **SO2** schafft's Höllstern weg
F. Höllstern, Ungeziefer-Vernicht.-Anstalt Herrenstr. 5, Tel. 5791.

Kommundarlehnen
vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMAN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Grundstückszwangsversteigerung.
5 VT. 9.30.
Im Zwangswege versteigert das Notariat am Donnerstag, den 21. August 1930, nachmittags 3 Uhr, im Rathaus in Welschnauert den 2/3 Miteigentumsanteil des Hilfsarbeiters Friedrich Kaiser in Welschnauert an dem Hausgrundstück Lgb.-Nr. 1746 der Gem.-Marktung Welschnauert.
Die Versteigerung wurde am 10. April 1930 im Grundbuch bemerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 10. April 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot und bei der Erlösbeteiligung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.
Grundstücksbeschriftung:
Lgb. Nr. 1746: 4,73 a Hofreite, Gewann Unterfeld I: Auf der Hofreite steht:
a) ein einstöckiges Wohnhaus mit Eisenbalkenfeller,
b) ein einstöckiger Stall, Schweine- und Geflügelstall, Abortanbau.
Schätzungspreis: 11 000 RM.
Karlsruhe, den 20. Juni 1930. D.632
Bad. Notariat V — Vollstreckungsgericht —

Do., 26. Juni: **Martus.**
Fr., 27. Juni:
Der lustige Krieg.
Sa., 28. Juni: Zum erstenmal: **Salvermosers seltsame Seelenwanderung**
So., 29. Juni: **Die Jüdin.**
Mo., 30. Juni: **Tiefend.**
D.630. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des L. W. Krauß in Karlsruhe, Leopoldstr. 20, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.
Karlsruhe, 20. Juni 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.
D.631. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Leo Rot in Karlsruhe, Kaiserstraße 26, geht in

Städtische (öffentl.) Sparrasse Waldhörn
Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	9 468,19	1. Spareinlagen	686 194,39
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassaden	23 017,97	2. Aufwertungs-Spareinlagen	266 912,24
3. Wertpapiere	—	3. Giro- u. Kontokorrent-einlagen	74 938,53
4. Wechsel	—	4. Sonstige Einlagen	—
5. Darlehen a. Hypotheken	584 258,03	5. Anleihen- und andere Schulden	205 924,65
6. Darlehen in laufender Rechnung auf Private	—	6. Ausgaberrückstände	—
7. Grundstücksaufgelde	186 942,69	7. Rücklage	—
8. Darlehen auf Schuldschein	249 651,90	8. geg. Ref.verbonds	49 170,40
9. Darlehen a. Gemeinden	—	9. Reingewinn vom Jahre 1929	11 853,56
10. Aufwertungsfordernngen	128 692,78		
11. Aufwertungsabrechnungskonto	69 309,38		
12. Einnahmerückstände	18 631,83		
13. Grundstücke und Gebäude	28 000,—		
14. Gerätschaften	1,—		
	1 297 973,77		1 297 973,77

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: D 598
8 1/2 % aus 761 132,92 RM Einlagen 60 890,64 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 61 003,96 RM
somit mehr 113,32 RM
Waldhörn, den 29. April 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: gez.: Geier, Bürgermeister
Der Geschäftsleiter: gez.: Geher
Bfzrghelm, Bahnhofstr. 16.
ist Termin zur Verhandlung über den Vermögensschuldner gemachten neuen Zwangsvergleichsvorschlag bestimmt auf: **Waldhörn, den 9. Juni 1930, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Kammerstr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 139.** Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.
Karlsruhe, 18. Juni 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

WIR WERBEN FÜR SIE!